



In die Zukunft investieren

Jetzt zu sparen bedeutet, noch mehr Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut zu stürzen und dringend notwendige Maßnahmen gegen den Klimawandel und für mehr Chancengleichheit in unserer Gesellschaft zu unterlassen. Überflüssiges Vermögen muss in eine sozialere und ökologisch nachhaltige Zukunft investiert werden. Konkret in:

in die Zukunft investieren	Mrd. € / Jahr	Arbeitsplätze
Beitrag Reduktion Budgetdefizit	5,0	indirekt ¹
mehr Geld für Gemeinden (Kindergärten, Integration, Müllabfuhr etc.)	1,3	22.000 ²
thermische Sanierung / nachh. Energieträger	1,0	20.000
umweltfreundliche Mobilitätsoffensive	1,0	16.000
Gesundheit, Betreuung und Soziales	1,0	20.000
mehr Bildungspersonal	2,0	34.000
Arbeitszeitverkürzungsoffensive	1,0 ³	135.000
Entwicklungszusammenarbeit, EZA	1,1	indirekt
Investitionen Summe	13,4	247.000

Es ist also möglich, sinnvolle Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu kürzen und Arbeit gerecht zu verteilen. Auch für lokale und globale Armutsbekämpfung sowie globale Gemeingüter (z.B. Klima, Wasser, Bildung) ist genug Geld vorhanden.

Es gibt alternative Wege aus der Krise. Beginnen wir jetzt!

Die Punkte im Einzelnen:

1. Beitrag Reduktion Budgetdefizit, 5 Mrd. Euro

Infolge der Krise ist das Budgetdefizit angestiegen. 2010 wird das Defizit des Bundes laut Strategiebericht 13,2 Milliarden betragen (= 4,7% des BIP), 2011 voraussichtlich 10,2 Mrd. Euro oder rund 3,5% Prozent vom BIP. *Ausgabenseitige* Budgetsanierung – durch Einsparungen – würde nicht funktionieren, weil Menschen ihre (öffentlichen) Arbeitsplätze und Einkommen verlieren und damit die Nachfrage sinken und die Staatsausgaben für Arbeitslosigkeit ansteigen würden. *Einnahmenseitige* Budgetsanierung, so wie von der Regierung geplant, belastet die große Mehrheit der Menschen und schmälert das Einkommen für die Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse (Wohnen, Essen, Gesundheit etc.). Doch genau dazu fordern wir eine Alternative: Besteuert werden sollen die maßlosen Reichtümer der einer kleinen Minderheit, die dadurch ihren Konsum *nicht* einschränken würden. Im Gegenteil: Sie besitzen so viel, dass sie ihr Geld auf die Finanzmärkte werfen, wo es immer größere Blasen bildet und Krisen auslöst. Es geht also nicht nur um Gerechtigkeit, sondern auch um Stabilität, wenn die überflüssigen Vermögen der Reichen zur Sanierung des Budgets herangezogen werden.

2. Mehr Geld für Gemeinden (Kindergärten, Integration, Müllabfuhr etc.), 1,3 Mrd. Euro

Rund die Hälfte der österreichischen Gemeinden hat mit dramatischen Finanzproblemen zu kämpfen. In der Steiermark können heuer 44 Prozent der Gemeinden ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen, in Kärnten 47 Prozent und in Oberösterreich sogar 69 Prozent.¹ Die Schere zwischen sinkenden Einnahmen² und steigenden Ausgaben – zum einen aufgrund der Übertragung von neuen Aufgaben, zum anderen aufgrund höherer Ausgaben als Folge der Krise – wird immer größer. Viele Gemeinden können notwendige Investitionen in Sanierungsmaßnahmen, neue Infrastrukturprojekte oder sozial wichtige Dienstleistungen wie z.B. die Verbesserung der Kinderbetreuung, die Müllabfuhr bis hin zum Erhalt von Einrichtungen wie Schwimmbädern oder Sporthallen nicht mehr finanzieren oder müssen diese auf die lange Bank schieben.

Den Gemeinden mehr Geld zur Verfügung zu stellen heißt, all diese Dinge zu ermöglichen und dabei zugleich sozial sinnvolle Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Der Gemeindebund selbst fordert ein Investitionspaket von 1 Mrd. Euro – das würde rund 22.000 Arbeitsplätze schaffen. Mit Blick auf die Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen müssen Gemeinden noch viel größeren Spielraum erhalten, um ökologisch nachhaltige Verkehrskonzepte zu entwickeln und umzusetzen sowie lokale Initiativen von Menschen, die alternative Antworten auf die Krise umsetzen wollen, zu unterstützen.

Integrations- und Vielfaltsoffensive

Damit für alle Menschen, die in Österreich leben und arbeiten, ein gutes Leben möglich ist, braucht es Rahmenbedingungen, die ein gemeinschaftliches Miteinander ermöglichen und die Vielfalt von Sprachen, Kulturen und Lebensformen positiv bewertet. Wir brauchen soziale, ökonomische und politische Rahmenbedingungen, die einerseits sozialen Zusammenhalt garantieren und andererseits die Teilnahme am öffentlichen Leben für alle Bevölkerungsgruppen „barrierefrei“ möglich machen. Mehr Geld für Projekte und Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, sind dringend notwendige Zukunftsinvestitionen. Es braucht Unterstützung für

¹ Trend, Mai 2010.

² Sinkende Einnahmen der Gemeinden ergeben sich durch: sinkende Bundesertragsanteile, sinkende Einnahmen bei der Grund- und Kommunalsteuer.

Projekte wie z.B. „Stadtteilmütter“ (www.stadtteilmuetter.de) oder die Niederlassungsberatung „Start Wien“, die sich an neu zugewanderte Menschen richten, ebenso wie Einrichtungen, die sich an alle Bevölkerungsgruppen richten (z.B. zusätzliche Anti-Diskriminierungsstellen in den Bundesländern, Maßnahmen der antirassistischen Erwachsenenbildung oder Diversity-Beauftragte in privaten Unternehmen).

Berechnungen eines renommierten österreichischen Instituts zur Beschäftigungswirkung von Integrationsmaßnahmen existieren nicht. Die vorliegende Zahl von rund 7.000 Beschäftigten für diese Maßnahmen (Investitionsbedarf 0,3 Mrd. Euro) basieren auf einer vorsichtigen Schätzung, wie sich die flächendeckende Umsetzung von österreichischen und bundesdeutschen Projekten mit Vorbildcharakter auswirken würde.

3. Investitionen in thermische Sanierung & den Ausbau ökologisch nachhaltiger Energieformen, 1 Mrd. Euro

Viele Menschen in Österreich wollen ihre Häuser thermisch sanieren und auf ökologischere und effizientere Energieversorgung umstellen. Die Nachfrage nach öffentlicher Unterstützung für diese sinnvollen Klimamaßnahmen ist groß. Trotz dieser Nachfrage stellt die Regierung nur sehr wenige Mittel zur Förderung zur Verfügung. Dabei zeigen Berechnungen, dass Investitionen in diesen Bereich nicht nur ökologisch positive Auswirkungen haben, sondern zugleich sinnvolle Arbeitsplätze schaffen. Laut den Berechnungen des WIFO hatten die seitens der Bundesregierung bereitgestellten Fördergelder von 60 Mio. Euro für private Haushalte Investitionen von rund 480 Mio. Euro und die Schaffung von 7.000 Arbeitsplätzen im Krisenjahr 2009 zur Folge. Investitionen von 1 Mrd. Euro in diesem Bereich könnten in Summe mindestens 20.000 ökologisch sinnvolle Arbeitsplätze schaffen. Zugleich kann und muss jetzt die Abhängigkeit von Energieträgern wie Erdöl und Erdgas, die in einigen Jahrzehnten nicht mehr zur Verfügung stehen, verringert werden.

Link zur Wifo Studie:

http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?AnglID=1&DocID=1270266&ConID=450301

4. Umweltfreundliche Mobilitätsoffensive, 1 Mrd. Euro

Um unsere täglichen Wege zur Schule, zum Arbeitsplatz, für den Einkauf von Lebensmitteln, für Freizeitaktivitäten (u.a. Sport und Kultur) bewältigen zu können, brauchen wir Verkehrsmittel um dorthin zu kommen. Wir sind umso mobiler, je unaufwändiger wir unsere Ziele erreichen. In den letzten Jahrzehnten wurde mit der Errichtung von Straßen und Autobahnen ein ökologisch und sozial nicht nachhaltiges Wegesystem ausgebaut (und dadurch Mobilität verringert!), welches einen wesentlichen Beitrag zur Klimakatastrophe leistet und für viele Menschen die Lebensqualität vermindert. Eine umweltfreundliche Mobilitätspolitik, welche die Menschen ihre Ziele so unaufwändig wie möglich erreichen lässt, beinhaltet in den Städten eine Raumplanung, die „kurze Entfernungen und Wege“ sowie Gehen und Radfahren attraktiv machen und den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Der Umstieg auf öffentliche, ökologisch nachhaltige Alternativen erfordert funktionierende und leistbare Öffis und attraktive Fahrpläne. Die Bahn soll auch das Rückgrat des Regionalverkehrs bilden, die Busse – unterschiedlicher Größe – sollen die Funktion als Zubringer und für die „Feinverteilung“ übernehmen. Investitionen in eine umweltfreundliche Mobilität schaffen zwischen 15.000 bis 25.000 Arbeitsplätze pro Milliarde laut einer Studie von Reinhard Haller von der TU Wien.

Link zur Studie

<http://www.ub.tuwien.ac.at/dipl/2005/AC04459936.pdf>

5. Gesundheit, Betreuung und Soziales, 1 Mrd. Euro

In Österreich arbeiten rund 200.000 Menschen im Gesundheits- und Sozialbereich. Fast 80% davon sind Frauen. Sie pflegen kranke und alte Menschen, betreuen Menschen mit Behinderung, kümmern sich um Kinder und Jugendliche, sorgen für den Neustart von Suchtkranken und Haftentlassenen oder arbeiten bei Rettungsdiensten. Ihre schwierige und belastende Arbeit wird gesellschaftlich und finanziell oft nicht entsprechend gewürdigt. Viele Einrichtungen und Organisationen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich leiden unter Finanzierungsengpässen. Der Geldmangel gefährdet die Qualität der Dienste und der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten steigt. Die chronische Unterbesetzung mit Personal hat eine hohe Burn-Out-Gefährdung der Beschäftigten zur Folge³. Die durchschnittlichen Bruttoeinkommen im Gesundheits- und Sozialbereich liegen um fast 20 Prozent unter dem Bruttoeinkommen aller Beschäftigten.

Zugleich wünschen sich Menschen in Österreich eine bessere Versorgung mit diesen gesellschaftlich wichtigen Dienstleistungen, vor allem in der Kinderbetreuung, in der Pflege und beim betreuten Wohnen. So gibt es nur für 14% der Kinder unter 3 Jahren Betreuungseinrichtungen. Auch bei der Betreuung von Vorschulkindern fehlt es an erwerbsarbeitsfreundlichen Öffnungszeiten. Im Bereich der Pflege und Betreuung fehlt ein leistbares, bedarfsorientiertes und flächendeckendes Angebot von sozialen Diensten. Auch mobile, lokale Pflegeangebote stehen zu wenig zu Verfügung. Ein Ausbau der Betreuungseinrichtungen wäre auch aus der Sicht von Frauen ein Beitrag zu einer gerechteren Verteilung und Bewertung ihrer Arbeit – denn gegenwärtig erbringen immer noch vorwiegend Frauen Haus-, Versorgungs-, Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegearbeit – unentgeltlich!

Investitionen in eine Verbesserung dieser Versorgungsdienstleistungen mit dem Ziel, den betroffenen Menschen ein leistbares und flächendeckendes Angebot und zugleich für jene Menschen, die diese Dienstleistungen erbringen, qualitative Arbeitsplätze mit guter Bezahlung zu garantieren, sind gesellschaftlich sinnvolle Investitionen. Laut einer Studie des WIFO und der AK können mit einer Investition von einer Milliarde Euro rund 20.000 Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen werden.

Link zur Wifo Studie:

Sozialpolitik als Produktivkraft. Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel, Ulrike Mühlberger. 2009 [http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2009_SOZIALPOLITIK_35602\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/S_2009_SOZIALPOLITIK_35602$.PDF)

6. Mehr Bildungspersonal für eine zukunftsfähige Bildung, 2 Mrd. Euro

Investitionen in den Bildungssektor jetzt zu kürzen, ist wie wenn ein Bauer im Frühjahr auf die Aussaat aus Kostengründen verzichten würde. Kindern und jungen Menschen eine qualitative Bildung und Ausbildung zu ermöglichen ist einer der zentralen Eckpfeiler für eine zukunftsfähige Gesellschaft und ein Grundrecht für alle. Um allen Kindern, die in Österreich zur Schule gehen, eine gute Bildung zu ermöglichen, braucht es mehr Bildungspersonal. Die Sprachenvielfalt an Österreichs Schulen muss als ein Geschenk und nicht als Problem gesehen werden – dafür braucht es aber mehr LehrerInnen, die sicherstellen, dass Vielsprachigkeit nicht zum Nachteil wird – weder für jene Kinder, deren Muttersprache Deutsch ist, noch für jene, die eine andere Muttersprache haben. Integration und Vielfalt im umfassendsten Sinne – von Kindern und Menschen mit unterschiedlicher sozialer und geographischer Herkunft sowie von Kindern und

³ Sozialökonomische Forschungsstelle im Auftrag der AKNÖ (2010): Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen in den Gesundheitsberufen Niederösterreich, www.arbeiterkammer.at

Menschen mit oder ohne Behinderung - muss das Ziel und Leitbild der Schule und Bildung von morgen sein.

Lehrlinge sollen in den Berufsschulen nicht nur fachlich erstklassige Ausbildung erhalten, sondern auch auf die Herausforderungen des Erwachsenenlebens vorbereitet werden. Dazu braucht es ausreichendes und fachlich als auch pädagogisch gut ausgebildetes Personal. Auch die Universitäten sollen das öffentliche Gut Bildung nicht an eine Elite verteilen, sondern – so wie Trinkwasser, Gesundheitsversorgung oder Mobilität – an alle, die dies wünschen. Im Sinne des lebenslangen Lernens ist die Aus- und Fortbildung der Erwachsenen mithilfe von einheitlichen Zertifizierungen und österreichweiten Fördermodellen zu ermöglichen.

Gegenwärtig sind rund 219.000 Menschen im Bildungsbereich beschäftigt. Gute und zukunftsfähige Bildung braucht ein Bildungssystem, in dem eine gute Betreuung möglich ist – ein Leben lang. Investitionen in eine Verbesserung von Bildung und den Ausbau eines Bildungssystems, das die Werte Kooperation, Integration und Lernen für eine sozial und ökologisch nachhaltige Welt ins Zentrum stellt, sind per se Zukunftsinvestitionen. Zugleich sind es auch Investitionen, die sinnvolle Arbeitsplätze schaffen. Zwei Milliarden Euro Investitionen in das Bildungssystem würden rund 34.000 Bildungsarbeitsplätze schaffen⁴.

7. Arbeitszeitverkürzungsoffensive, 1 Mrd. Euro

Die Arbeitslosigkeit droht aufgrund der Krise auf das Niveau der 1950er Jahre zu steigen und dort jahrelang zu verbleiben. Arbeit wird somit immer ungerechter verteilt! Eine solche Entwicklung dürfen wir nicht hinnehmen! Abgesehen von Investitionen in gesellschaftlich wichtige Bereiche (Soziales, Bildung, nachhaltige Mobilität etc.) ist eine der wirkungsvollsten Maßnahmen, um Arbeit gerechter zu verteilen und Arbeitslosigkeit zu senken, die Verkürzung der Arbeitszeit. Immer mehr Menschen wollen durchschnittlich nur 25 bis 30 Wochenstunden mit der Erwerbsarbeit verbringen.

Die gestiegene Produktivität⁵ (in den letzten 15 Jahren plus 80%) ermöglicht das problemlos. Im Bereich der Sachgüterproduktion sind die Lohnkosten gering und die Ausschüttungen⁶ hoch. Die Mehrkosten einer Arbeitszeitverkürzung würden nur zu etwas geringeren Auszahlungen an die Eigentümer führen – und deren Überfluss mindern. Im Dienstleistungssektor, insbesondere im Bereich der sozialen Dienste (Pflege, etc.) muss die Arbeitszeitverkürzung klarerweise u.a. durch höhere Subventionen aufgefangen werden. Um gute und attraktive, den hohen Anforderungen entsprechend gestaltete und bezahlte Arbeitsplätze in diesem Bereich zu schaffen, braucht es weitere Maßnahmen.

Wie eine gerechtere Verteilung der Arbeit in etwa auf die Beschäftigung wirkt, zeigt eine unveröffentlichte Studie des WIFO von 2001 (vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben). In dieser wurde untersucht, wie viele Arbeitsplätze durch eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden geschaffen werden könnten. Bei einer Verkürzung in nur einem Schritt wurden damals 134.200 Arbeitsplätze errechnet! Inzwischen ist die Zahl der Beschäftigten gestiegen, die Profite sind explodiert und die internationale Konkurrenzfähigkeit der österreichischen

⁴ Berechnet auf der Basis eines Bruttojahresgehaltes von EUR 54.000 und rund EUR 2.400 Investitionen für den Arbeitsplatz lt. WIFO.

⁵ Eine steigende Produktivität heißt, dass dieselbe Menge von Gütern, in einer viel kürzeren Zeit hergestellt werden kann. Das bedeutet letztlich, dass wir allesamt viel weniger arbeiten müssten.

⁶ Zahlungen an die Eigentümer – bereits nach Investitionen, Rücklagen etc; also Gelder, die aus dem Unternehmen abfließen.

Wirtschaft ist seit Jahren durch sinkende Lohnstückkosten und hohe Exportüberschüsse⁷ (sogar im Krisenjahr 2009) bewiesen. Der Beschäftigungseffekt würde also sicher höher sein als 2001 errechnet.

Eine Arbeitszeitverkürzung setzt natürlich voraus, dass jedenfalls bei den unteren und mittleren Einkommen ein möglichst vollständiger Lohnausgleich erfolgt. Das ist nicht nur sozial und wirtschaftlich notwendig, sondern auch gerecht. Um die maximale Arbeitsplatzwirksamkeit zu erzielen, braucht es zu Beginn eine staatliche Übergangsförderung nach dem Vorbild des Solidaritätsprämien-Modells⁸. Dies ist auch angemessen, weil eine Entlastung des AMS-Budgets im Ausmaß der Arbeitsplatzwirksamkeit der Verkürzungsmaßnahmen eintritt. Eine solche staatliche Förderung sollte für zwei bis drei Jahre gelten, am Beginn höher sein und in der Folge abnehmen. Sie ist natürlich nur für Klein- und Mittelbetriebe sowie für Unternehmen mit geringen Überschüssen nötig.

8. Entwicklungszusammenarbeit (EZA), 1,1 Mrd. Euro

Obwohl die globale Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht; obwohl die Handels-, Finanz- und Agrarpolitik der reichen Länder maßgeblich zur Ausweitung der Armut in den armen Ländern beiträgt; und obwohl sich die reichen Länder schon 1970 zu höheren Etats für die Entwicklungszusammenarbeit verpflichtet haben, wird Österreich immer geiziger – gegen den Trend: Im Vorjahr sank das Entwicklungszusammenarbeitbudget um über 30 Prozent! Damit hilft Österreich den Ärmsten auf dieser Erde nur noch mit 0,3 Prozent seiner Wirtschaftsleistung. Vergleichbare Länder wie Schweden, Finnland, Norwegen oder Dänemark investieren zwischen 0,7 Prozent – der internationalen Verpflichtung – und einem Prozent der Wirtschaftsleistung in die Verbesserung der Lebensbedingungen und Chancen der Ärmsten. Die jüngste Explosion der Hungerzahlen von rund 850 Millionen auf über eine Milliarde Menschen weltweit geht auf die Spekulationen auf den Finanzmärkten – Rohstofffonds, Warenterminbörsen – zurück. Auch deshalb sollten die reichen Länder jetzt einen umso höheren Beitrag zur Bekämpfung der globalen Armut leisten als vor der Krise. Das Mindeste, was Österreich sofort tun sollte, ist seine schon 1970 eingegangene Verpflichtung, 0,7% der Wirtschaftsleistung in die globale Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, endlich in die Realität umzusetzen. Dafür wären rund 1,1 Mrd. Euro nötig. Abgesehen von finanzieller Hilfe braucht es für eine langfristige Bekämpfung von Armut jedoch gänzlich andere Spielregeln für die Wirtschaft.

⁷ Güter und Dienstleistungen (Leistungsbilanz).

⁸ Dieses Modell sieht vor, dass bei freiwilliger AZV (z.B. 4 Personen verringern ihre Arbeitszeit auf 80% damit ein/e Fünfte/r eingestellt werden kann) das AMS rd. 55% des Lohnverlustes ausgleicht.